

A2 Offene Erklärung des KV Altona

Antragsteller*in: Lars Boettger (KV Hamburg-Altona)

Tagesordnungspunkt: 6 Verschiedenes

Antragstext

1 Wir verurteilen die durch Teile der Bundesregierung geplanten Kürzungen im
2 Integrations- und Sozialbereich und bei öffentlichen Investitionen, die
3 insbesondere die Kommunen und große Teile unserer Mitmenschen hart treffen.
4 Unsere Gesellschaft und insbesondere die jungen Menschen stehen in den letzten
5 Jahren immer mehr im Dauerkrisenmodus. In Zeiten von sozialer Härte durch die
6 Energiekrise, verursacht durch den abscheulichen Angriffskrieg der russischen
7 Regierung, durch die darauffolgende Inflation und kommend aus der Corona-
8 Pandemie spricht der Finanzminister von einer Zeit der Wünsche, die nun vorbei
9 sei. Schlimmer kann Klientelpolitik nicht kommuniziert werden.

10 Mitten im Prozess der Transformation des Energiesektors und zwangsläufig aller
11 energieintensiven Betriebe, egal ob Industrie oder kleiner Produktionsbetrieb
12 die Mittel für öffentliche Investitionen zurückzuhalten und zu verweigern, dies
13 als Rückkehr zur finanzpolitischen Normalität verkaufen zu wollen, ist an
14 Kurzsichtigkeit für den Kurs unseres Landes kaum noch zu überbieten. In Zeiten
15 der Energiewende und sozialen Härte, die Schuldenbremse über den Klimaschutz und
16 das Auskommen der Haushalte und Familien zu stellen ist für uns Grüne nicht
17 nachvollziehbar. Eine Wirtschaft auszubremsen, mit den Argumenten, mit Geld
18 lasse sich kein Wachstum erzeugen ist schlichter Unsinn. Wer davon überzeugt
19 ist, schaue einmal über den Teich nach Nordamerika. Der Inflation Reduction Act
20 macht auch den europäischen Investitionen Beine.

21 In unserer Gesellschaft gibt es derzeit eine immer intensivere Debatte um die
22 Zuwanderung nach Deutschland, die nicht immer fair und faktenbasiert geführt
23 wird. Fakt ist, dass die Integration der Menschen ehrenamtliche Kraft aber auch
24 öffentliche Investitionen benötigt, damit diese gelingen kann. Dazu ist es
25 notwendig, dass sovielen Menschen wie möglich Arbeitsangebote aus dem privaten
26 und dem öffentlichen Bereich gemacht werden müssen. Auch das ist ein wichtiges
27 Element der Integration.

28 Zudem müssen gerade jetzt dringend Wohnungen bereitgestellt werden. Das am
29 besten durch kommunale Entwicklerinnen und Wohnungsbaugemeinschaften. Wir müssen
30 den vielen Menschen, die schon lange auf für sie leistbaren Wohnraum auf
31 Wartelisten eingetragen sind oder denjenigen, die jetzt zu uns kommen ein
32 stabiles Zuhause und eben gleichzeitig einen erleichterten Zugang zum
33 Arbeitsmarkt geben.

34 Die vielen und guten öffentlich geförderten sozialen und kulturellen Angebote
35 sind ein weiterer wichtiger Baustein, um die Integration aller Menschen im Land
36 und unserem Bezirk zu schaffen, die Interaktion in unserer Gesellschaft und
37 damit einen sozialen Zusammenhalt zu erreichen. Statt dessen sollen drastische
38 Kürzungen im Bundeshaushalt erfolgen. Die Förderung der Arbeitsmarktteilhabe
39 nach §16e und §16i SGB II auf gut funktionierende integrative Projekte in Altona
40 wird dadurch empfindlich reduziert. Zum Beispiel betrifft das die
41 Sozialkaufhäuser in Hamburg, der NDR berichtete.

42 Wir fordern daher den Bundeskanzler auf, mit seiner Richtlinienkompetenz die
43 Führung der Ampelregierung konsequenter und zeitnaher zu gestalten, damit die
44 Menschen eine Sozialpolitik der eigentlich potentiell guten Kombination aus
45 Grünen und SPD erkennen und merken, dass sie beim Klimaschutz nicht allein
46 gelassen werden. Gerade jetzt müssen zudem öffentliche Investitionen sein, um
47 bspw. die Kapazitäten in der Bauindustrie und anderen Branchen zu halten.
48 Betriebstätigkeit und Kaufkraft werden gestärkt und dadurch auch wieder ein
49 größerer Anteil am BIP erzielt. Taktieren führt eher zu Verlust von

50 Wähler*innen, die politikverdrossen werden, als dass es der SPD, FDP oder CDU
51 Wähler*innenstimmen bringt. Die Geschichte der Weimarer Republik hat das
52 gezeigt. In Hamburg hatten wir eine Regierung, in der ein sog. 'Richter
53 Gnadenlos' saß. Das alles wollen wir und die deutliche Mehrheit in der
54 Gesellschaft nicht mehr.
55 Es ist weiterhin dringend erforderlich, dass neben ausreichend Mitteln für
56 Investitionen und Sozialpolitik auch Gesetze zum Wohle der Schwächsten
57 novelliert werden. Beispielsweise können wir Investoren nicht in den Griff
58 bekommen, wenn wir im Planungsrecht keinen sozial geförderten Wohnraum ausweisen
59 können oder die Mietenden die Grundsteuer für die Eigner zahlen müssen, so dass
60 wir noch nicht einmal bodengebundenes Vermögen abschöpfen können, ohne die
61 Mieter*innen zu belasten. Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf Mieter*innen
62 muss aus der Betriebskostenverordnung entfernt werden.
63 Da wir auf das Finanzministerium nicht zählen können, fordern wir die nach
64 seinen Worten "bestellte Führung" vom Bundeskanzler ein. "Wenn man bei mir
65 Führung bestellt, bekommt man sie auch." Olaf Scholz im Tagesspiegel am 5.
66 Februar 2011. Nur falls vergessen, hier sei nocheinmal daran erinnert, lieber
67 Bundeskanzler.

Begründung

Der Antrag soll eine offene Erklärung der Grünen in Altona an den Bundestag und die Bundesregierung sein, denn als Bezirk, der noch nicht einmal kommunale Rechte und auskömmliche Mittel hat, stehen wir den Menschen am nächsten und können ohne ausreichende Mittel und Personal am wenigsten tun. Dabei zusehen, wie es den Menschen und der Wirtschaft in diesen krisengebeutelten Zeiten schlechter geht und die Rechten immer mehr Zulauf bekommen, ist eine besondere Belastung für uns Mitglieder einer politischen Partei, die etwas für die Menschen tun möchte.